

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Wir kandidieren zur Nationalratswahl – zusammen mit der Freien Liste Österreich (FLÖ)



Liebe Leser!

Nach einer Vielzahl klärender Gespräche während der vergangenen Wochen haben wir dem Angebot einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mehrerer Gruppierungen – unter der Bezeichnung **Freie Liste Österreich (FLÖ)** – für die kommende **Nationalratswahl am 15. Oktober** zugestimmt. Wir konnten uns auf den gemeinsamen Nenner bei den vorrangigen Wahlzielen: **Souveränität zurückgewinnen / EU-Austritt anstreben, Direkte Demokratie / Volksabstimmungen, keine Aushöhlung der Immerwährenden Neutralität von 1955 und Zuwanderungsstopp**, einigen. Darüber hinaus bekamen wir die Zusicherung eines Mandats von sieben möglichen, wenn die FLÖ ein Wahlergebnis von mind. 4 Prozent erreicht. Dieses Mandat soll von meiner Person besetzt werden.

Die Initiative zu dieser Bewegung ging vom Salzburger Arzt Dr. Karl Schnell

aus. Erstgereeichte Kandidatin der FLÖ wird Barbara Rosenkranz sein, von der wir z.B. wissen, dass sie als einzige Abgeordnete im Nationalrat – damals noch als FPÖ-Mandatarin – dem EU-Verfassungsvertrag und später dem „Reformvertrag von Lissabon“ ihre Zustimmung standhaft verweigert hat.

Nicht unwesentlich ist für uns auch die Zusage, keine Klubzwang-Verpflichtung eingehen zu müssen, sodass garantiert ist, entsprechend den NFÖ-Zielen und nach dem persönlichen Gewissen abstimmen zu können.

Nun wollen wir mit großem Engagement in die Wahlauseinandersetzungen mit den anderen wahlwerbenden Gruppen gehen. Dabei haben wir uns vorgenommen, jede diffamierende Äußerung über Mitbewerber zu unterlassen. Was uns aber nicht daran hindern soll, die Unterschiede in den Zielsetzungen und Methoden auf sachliche Weise hervorzuheben. Ein Kennenlernen der unterschiedlichen Positionen dient ja notwendigerweise einer optimalen Wahlentscheidung.

Freilich ist der angestrebte Wahlerfolg nur unter Mithilfe unserer Sympathisanten und Unterstützer möglich, wozu wir Sie, liebe Leserin, lieber Leser herzlich bitten. Sie reicht von der Information der Kandidatur der **Freien Liste Österreich (FLÖ)**, über konkrete Wahlempfehlungen im Familien- und Freundeskreis und aktiver Mitarbeit bis zu finanzieller Unterstützung, die wir dringend benötigen. Gerade bei der geplanten Plakat-Aktion und beim Verteilen von Infoblättern brauchen wir viele Helfer. Unser Wahlbudget stützt sich – wie die meisten unserer Leser wahrscheinlich wissen – ausschließlich auf private Spenden, wir erhalten keinerlei Förderungen aus Steuermitteln.

Deshalb hoffen wir sehr auf Ihre Großzügigkeit.

Ihr
Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli,
Bundesobmann

Inhalt

- Kandidatur zur Nationalratswahl 1
- NATO-Partnerschaft PfP 2
- Stoppt JEFTA..... 2
- So klug verhandelt GB..... 2
- Streit um Glyphosat..... 3
- Lesens, – sehens, – hörens wert 3
- Wussten Sie? 4-6
- Lesermeinungen 7
- Positives, Erfreuliches 8
- Veranstaltungen, Impressum..... 8

„Das Kapital kauft sich Parteien, die angeblichen Säulen unserer Demokratie, macht sie gefügig und erpressbar. Korruptionsskandale ohne Ende beweisen es täglich aufs Neue. Politik wird mehr und mehr zur Handlangerin der Großkonzerne degradiert.“

Prof. Dr. Hermann Knoflacher, DgW, 25/2017

Das ist auch unsere Erfahrung. Um das zu ändern, haben wir uns für die Teilnahme an der Wahl im Oktober entschieden. Jene Parteien – auch wenn sie ihr Personal austauscht haben – die über viele Jahre Regierungsverantwortung hatten, an diesen Zuständen aber nichts ändern wollten und ihre repräsentative Macht missbrauchten, gehören abgewählt.

Wir wollen kein Partner eines Angriffsbündnisses sein



Aus diesem Grund hat das Neutrale Freie Österreich Mitte Juli ein **Schreiben an alle Parlamentsparteien** gerichtet, mit der Bitte,

im Hinblick auf ihre Wählbarkeit bei der kommenden NR-Wahl eine verbindliche Stellungnahme zu ihrer Position in der Frage der Mitgliedschaft Österreichs bei der „Nato-Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) abzugeben. Wir wollen nämlich nicht schleichend mit allen möglichen verbalen Verrenkungen („Friedenseinsätze“) kriegsführend sein oder über die Hintertür Nato-Mitglied werden.

Folgende Antworten der Parteien liegen uns – kurz gefasst – vor:

Die **SPÖ** schreibt uns, dass sie „an ihrer bewährten Praxis der aktiven Neutralitätspolitik festhält“, legt aber die Betonung sehr stark auf ein Engagement in

Konfliktsituationen. Sie verweist auf ihr Parteiprogramm, das von der Neutralität „in Kombination mit internationaler kooperativer Solidarität“ handelt, worauf der Schwerpunkt gelegt wird. Die Problematik der Nato-PfP-Zugehörigkeit Österreichs wird mit keiner Silbe erwähnt.

Für **Die Grünen** überwiegen die Vorteile einer Nato-PfP, wenn sie auch gewisse Probleme bei der „außenpolitischen Symbolik“ sehen. Sie ziehen daraus jedoch keine Konsequenzen in Richtung Aufkündigung der Mitgliedschaft.

Auch die **Neos** lehnen einen Austritt aus der Nato-PfP ab. Sie befürworten stattdessen eine „Weiterentwicklung“ der österreichischen Neutralität zu einer „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ der EU. Das stellt effektiv eine komplette Aushöhlung der Immerwährenden Neutralität von 1955 dar. Österreich müsste nach diesem Konzept im

Auftrag Brüssels aufgrund von „Terrorismus-Ursachen“ mit EU-„battle groups“ Kriege führen.

Das **Team Stronach** teilte uns mit, dass es bei der kommenden Wahl nicht mehr antreten wird und sich somit eine Antwort erübrigt.

Mit der **Freien Liste Österreich** (FLÖ) gibt es eine weitgehende Übereinstimmung. Auch sie tritt für einen Beibehalt der Immerwährenden Neutralität in der Fassung von 1955 ohne Wenn und Aber ein.

ÖVP und **FPÖ** haben es bis jetzt nicht für nötig befunden, auf unsere Anfrage zu antworten.

Es gibt kein klareres politisches Zeichen, mit allen Völkern friedlich zusammenleben zu wollen, als die konsequente Einhaltung der Immerwährenden Neutralität.

Stoppt das japanisch-europäisches Handelsabkommen JEFTA !



In ihrem ungezügelt Globalisierungsdrang – zum Vorteil internationaler Großkonzerne – kennt die EU keine Skrupel. Obwohl Fisch, Muscheln, Reis und andere Produkte auch aus der japanischen Region exportiert werden, die bei der Reaktorkatastrophe von Fukushima massiv verstrahlt wurde, zeigt sich die EU-Handelskommissarin Cecilia

Malmström hocheifrig, dass „die letzten verbleibenden Differenzen ausgeglichen“ worden seien. Die Abschaffung von Zöllen und sonstigen tariflichen Handelschranken, die Angleichung unterschiedlicher Normen, aber auch die Absenkung von Grenzwerten machen es möglich. Dabei „kann es der EU-Kommission mit dem nächsten Handelsabkommen wieder nicht schnell und heimlich genug gehen“, kritisieren die gebrannten TTIP-

und CETA-Gegner. Ein bereits bekanntes Problem auch bei diesem Handelsabkommen sind die privaten Schiedsgerichte.

Die Gesundheit der Bürger hat in der EU, wie wieder einmal bewiesen ist, einen völlig untergeordneten Wert. Hauptsache, die internationalen Konzerne florieren.

So klug verhandelt Großbritannien



Kommission bangt um EU-Budget

EU-Kommissar Günther Oettinger bangt um den Haushaltsplan 2018. Grund dafür sind die laufenden Brexit-Verhandlungen. Das Noch-Mitglied Großbritannien hat wie jedes andere EU-Land das Recht, ein Veto gegen den Haushaltsplan einzulegen. Die britische Regierung hat zwar keine grundsätzliche Blockade angekündigt, es ist aber davon auszugehen, dass sie ihr

Vetorecht als Faustpfand in den Verhandlungen zum Brexit, vor allem was die kolportierten 40 Milliarden Euro „Lösegeld“ an Brüssel betrifft, einsetzen wird.

Für die EU-Finanzplaner könnte es dann eng werden. Verschärft wird die Situation noch durch den Ausfall des Nettozahlers Großbritannien nach dem Ausscheiden aus der EU 2019. Diese könnte dann eine Reihe von Projekten nicht mehr finanzieren, u.a. ist die versprochene Milliarden-Flüchtlingshilfe für die Türkei in Frage

gestellt. Es sei denn, Brüssel erhöht die Beiträge der übrigen Mitglieder, vor allem der wenigen verbleibenden Nettozahler, darunter Österreich.

Diese Trumpfkarte wird von den Briten mit Sicherheit gekonnt und zur rechten Zeit ausgespielt, um bei den Austrittsverhandlungen das für sie beste Resultat zu erzielen. Völlig zu Recht! Wir werden sehen, wieviel von den 40 Milliarden das selbstbewusste Vereinigte Königreich letztlich zahlen wird.

Die EU will das „Bienenkiller“-Pflanzengift Glyphosat weitere 10 Jahre zulassen



Biene beim Nektarsammeln in einer Pfingstrosenblüte

Im Streit um die Krebsgefährlichkeit des Pflanzengiftes Glyphosat – ein Produkt des US-Chemiekonzerns Monsanto – wurde nun bekannt, dass gegen die US-Umweltbehörde EPA, speziell gegen den Direktor Jess Rowland ermittelt wird.

Er steht im Verdacht, die Risikobewertung des Pestizids Glyphosat, das für Bienen nachweisbar tödlich ist, zugunsten von Monsanto massiv manipuliert zu haben. Dennoch will die EU die Zulassung des „Bienenkillers“ Glyphosat um zehn Jahre verlängern! *Quelle: Kronenzeitung, 12.6.2017 und <https://www.global2000.at/>*



Die Vorkommnisse während des G-20-Gipfels in Hamburg zeigen: Einmal mehr manifestierte sich die außerordentliche Gewaltbereitschaft der linksexremen Szene. Den Fokus auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus gerichtet, tendieren etablierte Politiker und Medien bis heute dazu, die Gewalt von links zu bagatellisieren. Das beginnt bereits bei der Sprache: Die Gewalttäter werden vage als „Autonome“ bezeichnet, obwohl mit Blick auf das real existierende Ausmaß krimineller Energie der Begriff „Terroristen“ nicht übertrieben erscheint.

Patrick Freudiger, (aus „Schweizerzeit“, vom 14.7.2017)

Lesenswert – sehenswert – hörensenswert!

- **Direkte Demokratie: Ist das Volk zu dumm dafür?** Artikel von Klaus Faißner <http://www.allesroger.at/artikel/direkte-demokratie-ist-das-volk-zu-dumm-dafuer>
- **Die Integrationslüge - Warum Integration nicht funktioniert**, YouTube-Video - <https://www.youtube.com/>
- **Bargeldabschaffung droht – die eigentlichen Hintergründe**, Video von kla.tv - <https://www.klagemauer.tv/>
- **Massive Ausbreitung der Gender-Ideologie in Europas Kindergärten und Schulen**, Video (Juni 2017); <https://www.klagemauer.tv/>
- **Niedrigste Arbeitslosigkeit in GB seit 1975 – eine Folge des Brexit?** <http://www.zeit.de/news/2017-03/15/grossbritannien-arbeitslosigkeit-in-grossbritannien-auf-niedrigstem-stand-seit-1975-15125611>
- **Wir schaffen das – alleine!** Buch von Andreas Marquart und Philipp Bagus. Die Autoren zeigen, dass die Zukunft Europas nicht im Brüsseler Zentralismus, sondern in möglichst zahlreichen und vielfältig ausgestalteten Kleinstaaten liegt, die in Frieden und Freiheit miteinander kooperieren und auch konkurrieren.
- **Schulen in der Krise. Die acht vertuschten Ursachen.** <http://www.allesroger.at/artikel/schulen-in-der-krise-die-acht-vertuschten-ursachen>
- **Trojanisches Pferd „Digitale Bildung“ – Auf dem Weg zur Konditionierungsanstalt in einer Schule ohne Lehrer?** Zu den Bestrebungen von Google, Apple, Microsoft, Bertelsmann und der Telekom, die Bildung in die Hand zu bekommen. Artikel von Peter Hensinger in den „Zeit-Fragen“. <http://www.zeit-fragen.ch/de/ausgaben/2017/>

Integration

Wir müssen erkennen, dass in einem normalen Wortsinn von „Zusammenwachsen“ oder ähnlichem nie eine „Integration“ gläubiger und praktizierender Muslime denkbar sein wird. Es kann bestenfalls ein friedliches Nebeneinander geben. Mit der Zeit werden die Muslime unter uns immer mehr werden und schließlich auf demokratischem Weg bestimmend. (Dr. Edgar Pree, „Der 13.“)

Diese Analyse ist unserer Einschätzung nach zutreffend. Wir haben aber noch Hoffnung, dass durch eine Änderung in der Zuwanderungspolitik – Stichwort Zuwanderungsstopp und Rückführung – diese Prognose nicht Wirklichkeit wird. Das möge auch der ÖVP-Obmann Sebastian Kurz bedenken, wenn er meint: „Der Islam gehört selbstverständlich zu Österreich.“ (Kurier 23.1.2015)

Sebastian Kurz in pan-europäischer Denkfabrik

Außenminister Sebastian Kurz ist in ein US-gesteuertes Netzwerk eingebettet. Er ist Mitglied der „paneuropäischen Denkfabrik“ ECFR (European Council on Foreign Relations). Diese wird maßgeblich vom US-Investor George Soros und seinen „Open Society Stiftungen“ finanziert, die für Putschversuche und Revolutionen in Osteuropa mitverantwortlich sind. Selbst Wikipedia gesteht ein: „Die Hauptunterstützer des ECFR sind die Open Society Foundations (...) und der US-amerikanische Investor George Soros.“

Quelle: <http://www.servustv.com/at/Medien/Talk-im-Hangar-7168> und <http://www.servustv.com/at/Sendungen/Der-Wegscheider>

Polizei kann Gefährder nicht überwachen – Es fehlt an technischer Ausrüstung

Der Tunesier, der vor einigen Wochen in Linz das betagte Ehepaar ermordet hat, soll lt. Innenminister Sobotka Verbindungen zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gehabt haben.

Bundespräsident Van der Bellen wollte dazu keinen Kommentar abgeben. Er kennt die Aktenlage nicht, einen Kommentar abzugeben wäre daher „vermessend“.

Inzwischen tauchte der Vorwurf auf, dass die Polizei in diesem Fall versagt habe. Der öö. Landespolizeidirektor Andreas Pilsl erklärte hingegen, dass der Polizei die lückenlose Überwachung Verdächtiger gar nicht möglich sei, weil die Ausrüstung dafür fehle.

In London ist es schon so weit, dass die Polizei im Falle von Terroranschlägen der Bevölkerung einfach den Rat gibt: „Lauft, versteckt und verbarrikadiert euch, denn wir können für eure Sicherheit nicht mehr garantieren!“

Die Sicherheitsbehörden im hochgelobten EU-Europa sind also nicht mehr in der Lage und die Politiker offenbar auch nicht mehr bereit, den Bürgern ein Leben in Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten.



Zum Kopfschütteln

Im christlichen Schweden moderiert eine Muslima mit Kopftuch die Wettervorhersage, im Irak eine westlich gekleidete junge Frau – ohne Kopftuch.

Bild: www.youtube.com, Swedish Vs Iraqi Weather forecast - screenshot

Eine einwanderungskritische Sicht ist unerwünscht

Masseneinwanderung wird in Schulbüchern vorteilhaft dargestellt

Nicht nur der staatliche Rundfunk ORF versucht der österreichischen Bevölkerung in tendenziöser Weise zu vermitteln, dass Masseneinwanderung für das Land gewinnbringend sei, auch staatliche Institutionen fördern Projekte, die Immigration vorteilhaft darstellen.

Der kritische Bürger kann sich immerhin weigern, das durch staatliche Gebühren finanzierte ORF Programm anzusehen oder für dubiose Integrationsprojekte zu spenden. Wenn allerdings Einwanderung in den österreichischen Lehrplänen festgeschrieben steht, dann wird es problematisch.

Hier ein Einblick in den Lehrstoff eines Gymnasiums der 6. Klasse: „**Einwanderungskontinent Europa**“.

So lautet der Untertitel eines Geographie-Schulbuches („Raum – Gesellschaft – Wirtschaft“) des Verlags Ed. Hölzel, Bearbeitung 2013. In diesem Kapitel ist davon die Rede, dass Europa „eine lange Geschichte der Migration“ hat. Frühere Migrationsströme (Beispiel: Zweiter Weltkrieg) werden mit der aktuellen Immigration aus Ländern der Dritten Welt und dem Nahen Osten verglichen. Es soll daher den Schülern vermittelt werden, dass es immer schon Migrationströme in Euro-

pa gegeben hat und auch die derzeitige Masseneinwanderung in dieser Tradition stehe. Um diese positive Haltung

gegenüber Einwanderung zu manifestieren, werden zwei angebliche Vorteile erläutert, die diese mit sich bringt. „Je strenger die Einreisebestimmungen sind, desto größer ist die Anzahl der illegalen Einwanderer, ohne die in manchen Ländern ganze Bereiche der Wirtschaft nicht funktionieren würden (z.B. die Erntearbeiten in Teilen Spaniens oder Italiens)“.

Diese Behauptung wird weder durch eine Studie noch einer statistischen Erfassung gestützt. Zudem soll Einwanderung dazu beitragen, die demographische Entwicklung Europas mit geringer Geburtenzahl auszugleichen.



Dieses Protestplakat der AfD blieb nicht wirkungslos. Italien und Libyen schauen jetzt endlich nicht mehr weg, wenn NGOs sich der Schlepper bedienen und deren kriminelle Geschäfte begünstigen.

(Fortsetzung auf Seite 5)

Andere Gesichtspunkte, wie zum Beispiel die Überlegung, dass ein Überfluss billiger Arbeitsmigranten Lohndumping fördern könnte oder die heimischen Arbeitnehmer verdrängt, werden nicht beachtet.

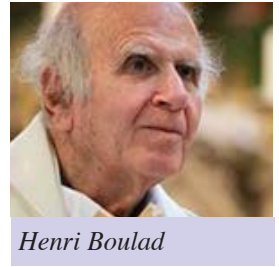
Ebenso könne die demographische Entwicklung in Europa nur durch Einwanderung und nicht durch familienfreundlichere Politik verbessert werden. Der Staat forciert damit eine einwanderungsfreundliche Gesinnung der Schüler.

Alternativen zur Masseneinwanderung werden in diesem Schulbuch gar nicht angeführt. Masseneinwanderung gilt sozusagen als alternativloser Normalzustand.

Quelle: <http://info-direkt.eu>

Der Islamismus ist Islam in seiner ganzen Logik und Strenge

Aus Respekt vor den Personen darf man den Islam sicher nicht auf seine extremen Äußerungen reduzieren. Wer sich jedoch einen klaren Blick bewahrt, muss erkennen, dass diese Äußerungen dem Islam weder fremd sind, noch im Gegensatz zu ihm stehen.



Henri Boulad

Ich verweise auf die Definition von **Henri Boulad**: Der Islamismus ist Islam in seiner ganzen Logik und Strenge. Er ist im Islam beheimatet, wie das Küken im Ei, wie die Frucht in der Blüte, wie der Baum im Samen. **Zwischen Islamismus und Islam besteht somit ein Unterschied in der Abstufung, aber nicht in der Natur.**

Annie Laurent, *Vision 2000* - 4/2007

Das Unmögliche wurde möglich

Während des G-7-Gipfels Ende Mai in Sizilien schloss die italienische Marine die Mittelmeerroute Richtung Norden. Bereits vier Tage vor dem Treffen wurde „Unbefugten“ verboten, an sizilianischen Häfen anzulegen. Damit hat der G-7-Gipfel in Taormina bewiesen, dass ein Stoppen der Boote sowohl rechtlich, als auch technisch möglich ist, was bisher immer in Abrede gestellt worden ist.

Quelle: info-direkt.eu



Taormina – Sizilien
Bild: taormina.it

Auf die Frage wie die Zusammenarbeit mit den Islam-Kindergärten in Ottakring funktioniert, antwortete die VS-Direktorin Martina Mollay:



Mit zwei *Islam-Kindergärten im Bezirk funktioniert die Zusammenarbeit sehr gut. Bei allen anderen* [Es dürften nach unseren Nachforschungen mindestens sieben bis acht sein; Anm.] *haben wir leider nicht so gute Erfahrungen. Es sind reine Aufbewahrungsstätten. Die Kinder kommen komplett ungefordert in die Schule. Abgesehen vom Sprachdefizit können sie nicht grüßen, weder „Bitte“ noch „Danke“ sagen, den Stift nicht halten oder nicht einmal die Hose aufmachen, wenn sie aufs Klo müssen. Wenn man die Eltern fragt, warum sie die Kinder in diese Kindergärten geben, dann bekommt man als Antwort, weil dort alles halal ist.*

Martina Mollay ist VS-Dir. in Wien, Ottakring
Bild: <https://www.vs-grubergasse.at/direktion/>

*Ich hab alles im Griff, auf dem sinkenden Schiff!
Alles im Griff, auf dem sinkenden Schiff!
Volle Kraft voraus auf das nächstbeste Riff!
Alles im Griff, auf dem sinkenden Schiff!*



Komponist und Interpret: Udo Jürgens
Texter: Wolfgang Hofer

Subsidiarität – von der EU-Kommission mit Füßen getreten

Warum befasst sich der europäische Gesetzgeber damit, die zulässige Rotfärbung für spezielle Apfelsorten, den Geräuschpegel in Ohrenhöhe des Fahrers von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen und die Größe von Traktorensitzen zwingend zu normieren. Warum überlässt man die Regelung dieser elementaren Lebensbereiche nicht den einzelnen Mitgliedsstaaten?

Selbst bei der Frage, wie man eine Leiter an die Wand lehnen darf, erkennt die EU-Kommission ein „drängendes gesamteuropäisches Problem“ und legt Parlament und Ministerrat einen Richtlinienentwurf zur Abstimmung vor. Die Auszüge aus diesem Entwurf „für eine Richtlinie zur zweiten Änderung der Richtlinie 89/655/EWG über Mindestvorschriften für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Benutzung von Arbeitsmitteln durch Arbeitnehmer bei der Arbeit“ lesen sich wie eine Realsatire vom Feinsten:

Die Füße tragbarer Leitern ruhen auf einem standsicherem, festen, ausreichend bemessenen und unbeweglichen Untergrund, so dass die Leitersprossen in horizontaler Position verbleiben. Leitern müssen so benutzt werden, dass die Arbeitnehmer jederzeit sicher stehen und sich sicher festhalten können. (Die Verwendung von Leitern ist) auf diejenigen Fälle (beschränkt), in denen die Benutzung anderer sicherer Arbeitsmittel wegen des geringen Risikos und entweder wegen der Kursfristigkeit der Benutzung oder wegen der außerhalb des Einflussbereichs des Arbeitgebers liegenden Merkmale der Baustelle nicht gerechtfertigt ist.

Das hat mit Subsidiarität, dem Prinzip von Problemlösungen auf möglichst niedriger Verwaltungsebene, nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

Quelle: spiegel.de

Was derzeit im deutschen Gesundheitswesen passiert

Durch unsere Reformen im Gesundheitswesen wird sicherlich auch Geld für die Krankenkassen gespart, aber das ist nur der nachrangige Sinn, in Wahrheit wird hier die Privatisierung der gesamten Gesundheitsversorgung unserer Bevölkerung vorbereitet.



Man gründet heute medizinische Versorgungszentren, weil argumentiert wird, dass der Zusammenschluss von Arztpraxen die Kosten senkt und die Patienten kürzere Wege haben. Dem kann man nicht widersprechen, aber in Wirklichkeit liefern die derzeit häufig noch in den Händen von einzelnen Ärztegenossenschaften liegenden Einrichtungen die ideale Basis für eine Übernahme durch die großen Konzerne (z.B. Bertelsmann. Anm.). Ab einer entsprechenden Summe

wird sicher jeder schwach. Es wird dann fortwährend angestrebt, die in der Region übrigen Arztstühle allmählich billig aufzukaufen, denn andere Interessenten gibt es kaum. Sollte dann der gleiche Konzern auch noch das entsprechende Krankenhaus besitzen, **liegt das Monopol der Gesundheitsversorgung einer ganzen Region in den Händen eines einzelnen Privatunternehmens.**

Ab dann würden nicht mehr die Krankenkassen den Preis diktieren, sondern der Monopolist, denn niemand anderer kann die Sicherstellung der medizinischen Versorgung garantieren. Die Gelder der Beitragszahler werden reichlich in die Taschen der Besitzer fließen und der mündige Bürger wird in seiner Versorgung komplett auf die Bestimmungen des jeweiligen Konzerns angewiesen sein.

Das Recht auf z.B. die freie Arztwahl will ich hier gar nicht erwähnen. Man wird froh sein, dass sich überhaupt noch jemand der Bürger annimmt. Unsere breit gefächerte Arztlandschaft soll also ganz bewusst umgebaut werden zu einer reinen Monokultur, die der Gewinnerzielung dient.

Dr. Jan Erik Döllein, prakt. Arzt aus Neuötting / Bayern (auszugsweise)

In Österreich geht die Entwicklung in die selbe Richtung.

Eine spezielle Art von Anfütterung

Mit 179 Millionen Euro hat die Rot-Schwarze Bundesregierung und andere Körperschaften die Medien unterstützt – oder angefüttert oder „gekauft“, wie immer man eine allseits willkommene Finanzspritze interpretieren mag.

Laut der Medienbehörde RTR wurden von Bund, Ländern, Gemeinden und staatlichen Unternehmen 2016 nicht weniger als 179,2 Mio. Euro – davon allein rund 18 Mio. Euro von der Bundesregierung und 20 Mio. Euro von der Stadt Wien – für Inserate als Regierungswerbung ausgegeben. Das tatsächliche Inseratenvolumen dürfte noch höher liegen, weil Bagatellbeträge nicht eingerechnet sind. Als Rechtfertigung werden das Informationsbedürfnis der Bevölkerung angeführt.

Der tatsächliche Grund ist wohl der, die Medien zu einer möglichst regierungs- oder parteifreundlichen Haltung zu bewegen. Kritische Berichterstattung der über diese Wege gesponserten Medien wird im Angesicht solcher Geldflüsse immer unwahrscheinlicher.



Stark frequentierter Eingang in den Moskauer Kreml. Innerhalb der Festungsmauern dieses UNESCO-Weltkulturerbes befinden sich Kathedralen, Paläste, Museen und Verwaltungsgebäude.

Moskau vergleicht neue US-Sanktionen mit Handelskrieg

Der russische Ministerpräsident Dimitri Medwedew hat die neuen US-Sanktionen gegen sein Land als gleichbedeutend mit einem voll ausgebrochenen Handelskrieg bezeichnet. Die Hoffnungen, dass sich die Beziehungen zur neuen amerikanischen Führung verbessern würden, hätten sich zerschlagen, teilte Medwedew Anfang August mit.

Das russische Außenministerium erklärte, Versuche, Druck auszuüben, seien nicht geeignet, den Kurs Russlands zu ändern. Das Land behalte sich das Recht vor, neue Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

US-Präsident Donald Trump hatte trotz Vorbehalten die Gesetzesvorlage des Kongresses unterzeichnet und damit verschärfte Sanktionen in Kraft gesetzt. Mit diesen soll Russland für die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und wegen der mutmaßlichen Einflussnahme auf den US-Präsidentenwahlkampf bestraft werden.

Quelle: orf.at, 2.8.2017

Die USA wollen anscheinend Unfrieden und einen Krieg herausfordern – und Österreich kann sich nicht einmal davon distanzieren, sobald die EU mitmacht. Sanktionen gegen Russland schaden vor allem der Wirtschaft Europas. Wir verlangen ihre Beendigung auf schnellstem Wege!

Klimaabkommen, nur heiße Luft!

Am Klima ändert das Abkommen von Paris mit oder ohne USA nichts. Bjorn Lomborg vom Copenhagen Consensus Center, hat errechnet, dass – wenn alle Unterzeichner das Pariser Abkommen einhalten würden – sich die globale Erwärmung bis 2100 nur um etwa 0,17 Grad verringern würde.

Das Abkommen von Paris definiert nur einen multilateralen Umverteilungsprozess. Ab 2020 sollen jährlich 100 Milliarden Dollar unter dem Titel „Klimahilfe“ von reichen an arme Staaten, d.h. von den Armen in den reichen Staaten an die Reichen in den armen Staaten verteilt werden. Unter dem Titel Klimaschutz kann man alles rechtfertigen, jedes Verbot, jede Steuererhöhung.

Genau so falsch ist die Annahme, dass der von den Menschen verursachte CO₂-Ausstoß verantwortlich für die globale Temperaturerhöhung ist. Der CO₂-Anteil in der Luft beträgt 0,04 %, davon sind lediglich 10% technisches, menschlich verursachtes CO₂, also 0,004 % und damit wollen die so genannten Wissenschaftler und Politiker das Klima retten! Denken ist erlaubt.

Wenn der Rückzug der USA dazu beiträgt, den hunderte Milliarden teuren Unsinn von Paris zu beenden, kann man Trump dafür nur danken. Alles für die Umwelt, aber mit Fakten und nicht mit Lug und Trug!

Alwin Häle, Muntlix

Schafft sich Österreich auch ab?

Durch die kaum zu stoppende Masseneinwanderung ist wieder Thilo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ in aller Munde. Ein Leserbriefschreiber meint, das treffe auch auf Österreich zu. Aber ich würde es anders

Die Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes ist die Ursache aller regionalen Konflikte der Welt und – gemeinsam mit der zweiten zwingenden Völkerrechtsnorm, dem Gewaltverbot – Ursache von Flüchtlingsströmen.

Die Respektierung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, mit welchem die Respektierung der Staatssouveränität untrennbar verbunden ist, ist die Grundvoraussetzung für Recht und Freiheit und damit für Frieden.

Dies hat auch für die Europäische Union zu gelten!

Dr. Eva-Maria Barki, Rechtsanwältin in Wien

(aus einem Schreiben an den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans)

formulieren: Nicht Österreich schafft sich ab, sondern die österreichischen Politiker schaffen Österreich ab und ziehen eine Schleimspur nach Brüssel!

Martha Weinberger, Wien

Ist Österreich schon ein NATO-Mitglied?

Wieso kooperiert die österreichische Regierung mit der kriegsverbrecherischen NATO, die völkerrechtswidrige Angriffskriege führt und die in Osteuropa Manöver durchführt, um den Angriff auf Russland zu üben?

Endlich liest man auf einer Webseite (<http://alles-schallundrauch.blogspot.de/2017/07/osterreich-ist-faktisch-ein-nato.html>) die Wahrheit. Hat das österreichische Volk jemals völkerrechtswidrigen Angriffskriegen zugestimmt?

Wir brauchen eine Volksabstimmung darüber!

Günter Jaschke, Schonungen, Bayern

Wir lassen uns nicht drohen...

tönt Minister Sobotka. Wenn ich den Satz vollenden dürfte: ...wir fallen lieber gleich schon um! Denn er und Kern haben versprochen, nichts ohne Zustimmung Italiens und der EU zu unternehmen, stand in der Kronenzeitung.

Wenn eine italienische NGO-Organisation

droht, dass sie die illegalen Afrikaner und Araber an unsere Grenze schickt, dann soll Tirol gefälligst „auf Knopfdruck“, wie Landeshauptmann Platter einmal sagte, den Brenner zumachen. Die Bayern halten ihre Grenze ja auch geschlossen, obwohl sie mit „Mutti“ Merkel, der Willkommensruferin der EU und Deutschlands, liiert sind. Gelernte Staatsbürger Österreichs wissen, dass das, was Politiker absondern, nur lauter heiße Luft ist – zumal jetzt, wo die Neuwahlen vor der Tür stehen. Nach dem 15. Oktober ist dann wieder alles beim Alten und es gilt Coudenhove-Kalergis hellbraune europäische Wunschrasse. Selbst wenn wir „richtig“ wählen wollten, gibt es Baumeisters Plattform, die die Schwarzen als billige Arbeiter braucht. Wer aber gesehen hat, wie die in ihrer Heimat „arbeiten“, der wäre sich da nicht gar so sicher, dass die „Schutzsuchenden“ einen wirtschaftlichen Nutzen bringen.

Maria Klingler, Kirchdorf i. Tirol

Direkte Demokratie und Föderalismus sind politische Prinzipien, die jeder Form von Machtstreben zuwiderlaufen. Deshalb sehen viele Politiker eine Gefahr darin.

Peter Menghin

Polen lässt sich von Brüssel nichts vorschreiben



Die patriotische polnische Regierung unter der durchsetzungsfähigen Ministerpräsidentin Beata Szydło hat die der Vorgängerregierung aufgezwungene Vereinbarung, bis zu 6.200 „Flüchtlinge“ aufzunehmen, aufgekündigt. Daraufhin begann die EU-Kommis-

sion mit Sanktionen zu drohen. Szydło ließ sich davon wenig beeindrucken, im Gegenteil, sie beschuldigte nach den islamistischen Terroranschlägen von Manchester im Mai, bei denen 22 Menschen starben, darunter zwei polnische Bürger, mit unüblich scharfen Worten die „Brüsseler Eliten“, dass sie dafür verantwortlich seien und die Gefahr weder sehen noch effizient bekämpfen“. Wörtlich beteuerte sie: „Wir werden an dem Wahnsinn der Brüsseler Eliten nicht

teilnehmen.“ Gemeint war das „Relocation-Programm“, also die Aufteilung der sogenannten Flüchtlinge nach vorgegebenen Quoten auf alle EU-Staaten.

Um der EU zu zeigen, dass ihre Geduld am Ende ist, dürfte sie die schärfste Waffe auf den Verhandlungstisch gelegt und den EU-Austritt als Option ins Spiel gebracht haben, für den Fall, dass Brüssel Polen mit Sanktionen zum Einlenken zwingen sollte.

Quellen: visegradpost.com/en/2017/06/02/polands-premier-openly-challenges-the-brussels-elites-responsible-for-the-deads-of-the-terrorist-attacks; deutsche-wirtschafts-nachrichten.de; unser-mitteuropa.com. (Juni 2017)

US-Präsident Trump beendet syrisches CIA-Programm seines Vorgängers

Präsident Trump teilte vor kurzem mit, dass seine Regierung das Programm des Geheimdienstes CIA zur Unterstützung der „gemäßigten Rebellen“ in Syrien einstellen werde. Er hat dieses Programm für gescheitert erklärt. Eingeführt wurde es von der Vorgängerregierung Obama, als zentrales Projekt ihrer Nahostpolitik und als Teil des „Arabischen Frühlings“. Es sah die Ausbildung, Bewaffnung und Finanzierung dieser oppositionellen Kräfte unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Terrormiliz IS vor. In Wahrheit ging es um den Sturz der rechtmäßigen Regierung von Baschar al Assad, die von Russland unterstützt wurde. Das führte zum Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland auf syrischen Boden mit den bekannten fatalen Folgen. Letzten Endes wurden die islamischen Milizen im Nahen Osten durch dieses Destabilisierungsprojekt noch gestärkt.

Mit seiner Beendigung, die von Putin schon lange gefordert wurde, wird eine wesentliche Voraussetzung für eine friedlichere Entwicklung in dieser Region geschaffen. Die USA scheinen sich nun endlich mit einem Verbleib der Regierung Assad abgefunden zu haben. Das könnte den Weg zu einer nachhaltigen politischen Entspannung der Lage im Nahen Osten und darüber hinaus eröffnen. *Quelle: nzz.ch, 20.7.2017*



Ziegenherde auf dem Weg in den Stall (Inzingerberg, Tirol)

VERANSTALTUNGEN & TERMINE

Monatstreffen NFÖ-Tirol

Landesgruppe „Neutrales Freies Österreich“
jeden 2. Donnerstag im Monat
ab 19 Uhr im Restaurant „Löwenhaus“,
Innsbruck, Rennweg 5,
Gäste willkommen. Infos unter
Telefon 0699-10086924 (NFÖ-Büro)



Monatstreffen NFÖ-Wien

jeden 3. Dienstag im Monat: ab 18 Uhr,
im Cafe „Frey“, 1040 Wien, Favoritenstr. 44
Infos unter Telefon 0676-4065409,
(G. Grüner)



Info-Veranstaltung NFÖ-Salzburg

Landesgruppe „Neutrales Freies Österreich“
gemeinsam mit **FLÖ - Salzburg**
Samstag, 16. September 2017,
Beginn 15 Uhr
im Cafe „La Familia“ in Salzburg-Itzling,
Reimsstraße 10, Tel: 0699-535812
Infos unter Telefon 0662-641009 (DI. Ortner)
oder 0699-10086924 (NFÖ-Büro)

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenn gleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressenänderung frühzeitig bekannt geben. Teilen sie uns bitte, – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!